

Sozialer Protestantismus und der Wandel der Arbeitsgesellschaft

René Smolarski

Die Zeit der Bonner Republik von 1949 bis 1989 war trotz ihrer politischen Stabilität geprägt von grundlegenden Umbrüchen. Zu nennen sind hier der langsame Prozess der Demokratisierung nach den Erfahrungen der NS-Diktatur, die langanhaltende Phase wirtschaftlicher Prosperität in den 1950er/60er Jahren und ihr abruptes Ende zu Beginn der 1970er Jahre oder der Konflikt der Generationen im Zuge der Studentenrevolte, der vor allem mit dem Jahr 1968 assoziiert wird. Diese Veränderungen, die sich zu großen Teilen im wirtschaftlichen Bereich vollzogen oder zumindest mit diesem in Bezug standen, hatten ihrerseits einen erheblichen Einfluss auf die Wahrnehmung und Verfügbarkeit von Arbeit – sei es auf die Ausweitung der Arbeitnehmerrechte in Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs, sei es auf den Kampf gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit in Phasen wirtschaftlicher Stagnation.

Eine tiefgreifende Zäsur bildet hier vor allem die Zeit nach der ersten ‚Ölpreiskrise‘ im Jahr 1973, die mit einer stetig steigenden Arbeitslosigkeit und einer schon früh diagnostizierten ‚Krise der Arbeitsgesellschaft‘¹ verbunden war.

Da die Erwerbsarbeit in der ‚alten‘ Bundesrepublik – wie heute auch – als ein zentraler, die sozialen Strukturen prägender Faktor sowohl der Gesellschaft im Ganzen als auch des Einzelnen gilt, der Identität stiftet, soziale Beziehungen prägt, über den sozialen Status entscheidet, Lebensläufe organisiert und soziale Ungleichheit erzeugt², standen Veränderungen der Arbeitsgesellschaft stets im

1 *Dabrendorf*, Ralf: Wenn der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgeht. In: Matthes, Joachim (Hg.): Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages in Bamberg 1982. Frankfurt a. M. 1983, 25–37; und vgl. *Offe*, Claus: Arbeit als soziologische Schlüsselkategorie? In: Ebd., 38–65. Aus evangelischer Sicht vgl. *Lachmann*, Werner / *Engelkraut*, Helmut / *Sautter*, Hermann: Die Krise der Arbeitsgesellschaft. Chancen und Grenzen christlicher Verantwortung. Wuppertal 1984.

2 Vgl. *Siß*, Dietmar / *Siß*, Winfried: Zeitgeschichte der Arbeit. Beobachtungen und Perspektiven. In: Andersen, Knud / Bitzegeio, Ursula / Mittag, Jürgen (Hg.): Nach dem Strukturbruch? Kontinuität und Wandel von Arbeits-

Zentrum des öffentlichen Interesses. Es verwundert daher nicht, dass sich auch der „Soziale Protestantismus“³ in seinen vielfältigen institutionalisierten und nichtinstitutionalisierten Formen bereits frühzeitig in die damit zusammenhängenden Debatten einschaltete und über unterschiedliche Wege – mit mehr oder weniger großem Erfolg – Einfluss auf die weitgehenden Entwicklungen zu nehmen suchte.

Zielstellung

Diese Einflussnahme, die sowohl direkt über politische Instanzen und wirtschaftliche Entscheidungsträger als auch indirekt über themenbezogene Publikationen, (Akademie-)Tagungen und offizielle Stellungnahmen erfolgen konnte, steht im Fokus der hier angestrebten Untersuchung⁴. Da jedoch das Spektrum aller Debatten, die die Arbeitsgesellschaft betreffen, den Rahmen einer solchen Analyse sprengen würde, konzentriert sich die Arbeit auf zwei wesentliche Kerndebatten, die in verschiedenen Zeitabschnitten intensiviert, aber dennoch über den gesamten Untersuchungszeitraum sowie darüber hinaus verhandelt wurden.

Dies betrifft zum einen die Auseinandersetzungen um das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in den Betrieben. Diese wurden bereits seit Kriegsende durch die Gewerkschaften angeregt bzw. aus der Zeit der Weimarer Republik wieder aufgenommen, durch die Verhandlungen über die Ausgestaltung des Betriebsverfassungsgesetzes (1952) und des Personalvertretungsgesetzes (1955) sowie über deren

beziehungen und Arbeitswelt(en) seit den 1970er-Jahren. Bonn 2011, 345–365, hier: 345.

3 Der Terminus *Sozialer Protestantismus* wurde vor allem von Jochen-Christoph Kaiser und Autoren aus dem Umfeld des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD (SWI, heute SI) verwendet. Vgl. u. a. *Jähnichen*, Traugott: Vom Industrieuntertan zum Industriebürger: Der soziale Protestantismus und die Entwicklung der Mitbestimmung (1848–1955). Bochum 1993; *Friedrich*, Norbert / *Jähnichen*, Traugott: „Sozialer Protestantismus“ im Kaiserreich: Problemkonstellationen – Lösungsperspektiven – Handlungsprofile. Münster 2005; und das von der Stiftung Sozialer Protestantismus herausgegebene „Jahrbuch Sozialer Protestantismus“.

4 Zu diesem Thema arbeitet der Autor derzeit im Rahmen der DFG-Forschergruppe „Der Protestantismus in den ethischen Debatten der Bundesrepublik Deutschland 1949–1989“ an einer Dissertation.

Novellierungen in den frühen 1970er Jahren intensiviert, aber letztlich vor der Kulisse stetig wachsender Arbeitslosenzahlen nach der ersten ‚Ölpreiskrise‘ von 1973 durch andere Debatten in den Hintergrund gedrängt. Gerade diese Debatte zeigt die Ambivalenz kirchlicher Einflussnahme auf arbeitsrechtliche Entwicklungen. So brachte sich die EKD auf der einen Seite mit einer Stellungnahme, die die Mitbestimmung bejahte, auf dem Kirchentag 1950 in Essen frühzeitig – wenn auch stets im Windschatten der katholischen Seite – in die Debatte ein⁵. Auf der anderen Seite versuchte die Institution Kirche aber zugleich, sich selbst aus dem Geltungsbereich der im Entwurf befindlichen Gesetze, die die Mitbestimmung der Arbeitnehmer verbindlich regeln sollten, herausnehmen zu lassen⁶. Der hier ersichtliche Konflikt, der sich auch in verschiedenen Beiträgen unterschiedlichster protestantischer Akteure wie Kirchenjuristen, Theologen oder protestantische Unternehmer widerspiegelt, zeigt die immer wieder beanspruchte Sonderrolle des Protestantismus, die auch in seinen Reaktionen auf den Wandel der Arbeitsgesellschaft sichtbar wird.

Neben der Debatte um die Mitbestimmung, die vor allem in der Zeit der wirtschaftlichen Prosperität zwischen 1949 und 1972 geführt wurde, widmet sich die Arbeit der sich zeitlich daran anschließenden Debatte um das Phänomen der Arbeitslosigkeit. So hatte sich doch auch die EKD spätestens seit ihrer Synode von 1977 in Saarbrücken mit diesem Thema auseinandergesetzt und ihm 1982 die Denkschrift „Solidargemeinschaft von Arbeitenden und Arbeitslosen“ gewidmet⁷.

5 Vgl. *Brakelmann, Günter / Jähnichen, Traugott* (Hg.): Die protestantischen Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft: Ein Quellenband. Gütersloh 1994, 350–351.

6 Vgl. *Fuchs-Stratmann, Walter*: Exkurs: Die Mitarbeitervertretung als betriebliche Interessenvertretung der Beschäftigten in der Kirche. In: Jablonowski, Harry W. (Hg.): Kirche und Gewerkschaften im Dialog. Bd. 1: Mitbestimmungsdiskussion und Ansätze kritischer Solidarität, Bochum 1987, 169–196.

7 „Solidargemeinschaft von Arbeitenden und Arbeitslosen“ – Sozialethische Probleme der Arbeitslosigkeit. Eine Studie der Kammer der Evangelischen Kirche in Deutschland für soziale Ordnung. Herausgegeben von der Kirchenkanzlei im Auftrage des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland. Gütersloh 1983. Hierzu muss jedoch erwähnt werden, dass die Debatte um die Arbeitslosigkeit und deren Auswirkungen auf die Gesellschaft nicht grundlegend neu war, sondern lediglich seit der Ölpreiskrise von 1973 und ihren Folgeerscheinungen eine enorme Intensivierung erfuhr.

In dieser Denkschrift, die sich nicht nur mit den Ursachen von Arbeitslosigkeit, sondern auch und vor allem mit deren Konsequenzen für die Betroffenen auseinandersetzt, forderte die EKD konkrete wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen für eine gerechte Verteilung vorhandener Arbeit, um den negativen Folgen für die Gesellschaft und die Existenz des Einzelnen entgegenzuwirken.

Vorgehen

Beide Themen, Mitbestimmung und Arbeitslosigkeit, nehmen in der Auseinandersetzung um den Wandel der Arbeitsgesellschaft einen breiten – wenn auch bei weitem nicht voll erschließenden – Raum ein, war dieser Wandel doch stets auch mit enormen Herausforderungen für den Sozialstaat verbunden⁸. Die Evangelische Kirche, die sich nach dem Krieg anfangs zögerlich, doch mit zunehmendem Selbstverständnis und Selbstbewusstsein in politische Diskurse einbrachte, konnte diese Themen nicht auf Dauer ignorieren, sondern wurde immer wieder aufgefordert, dazu Stellung zu beziehen und offizielle Erklärungen abzugeben. Hinzu kamen in beiden Fällen kirchen- und/oder glaubensimmanente Gründe, die die Kirche dazu veranlassten, sich nicht allein auf eine Positionierung in den Debatten zu beschränken, sondern diese sowie die aus ihnen folgenden politischen und gesellschaftlichen Konsequenzen zu beeinflussen⁹. Die Wege und Inhalte dieser protestantischen Einflussnahme stehen, wie bereits erwähnt, im Fokus der Arbeit und sollen anhand der überlieferten Aktenbestände der beteiligten kirchlichen, politischen und wirtschaftlichen Institutionen – allen voran EKD, Gewerkschaften und entsprechende politische Organe wie der Bundestag – aus einer netzwerkanalytischen Perspektive nachgezeichnet werden, welche vor

8 Vgl. dazu u. a. *Kuller*, Christiane: Ungleichheit der Geschlechter. In: Hockerts, Hans Günter / Süß, Winfried (Hg.): Soziale Ungleichheit im Sozialstaat. Die Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien im Vergleich. München 2010, 65–88.

9 Eine wichtige Rolle spielt hierbei die Tatsache, dass sich die evangelische Kirche trotz der seit 1945 bestehenden deutschen Teilung bis weit in die 1960er Jahre als eine Einheit verstand, die es zu bewahren galt. Vgl. hierzu u. a. *Lepp*, Claudia: Tabu der Einheit? Die Ost-West-Gemeinschaft der evangelischen Christen und die deutsche Teilung (1945–1969). Göttingen 2005.

allem die kirchlichen Akteure und ihre Beweggründe in den Mittelpunkt der Betrachtungen stellt.

Der Umfang der über lange Zeiträume geführten Debatten und die Vielzahl der Akteure machen es hier notwendig, sich zum einen thematisch auf die beiden gewählten Debatten Mitbestimmung und Arbeitslosigkeit zu beschränken. Auf diese Weise können jedoch andere damit verbundene Aspekte, die sich teilweise in der vielfach konstatierten Erosion des sogenannten „Normalarbeitsverhältnisses“¹⁰ in den 1970er Jahren widerspiegeln – genannt seien die zunehmende Technisierung und Automatisierung des Arbeitsprozesses, die voranschreitende Tertiärisierung der Wirtschaft¹¹ oder die Auflösung tradierter Geschlechterrollen¹² – nur auszugsweise berücksichtigt werden. Zum anderen ist es darüber hinaus auch notwendig, innerhalb der beiden gewählten Debatten konkrete Schlaglichter zu setzen.

Aus diesem Grund fokussiert die Betrachtung der Auseinandersetzung um die Mitbestimmung sich vor allem auf zwei Kulminationspunkte dieser Debatte: Einerseits wird die Debatte um die Entstehung des Betriebsverfassungs- und Personalvertretungsgesetzes zwischen 1949 und 1955 thematisiert. Diese vollzog sich auf einer streng juristischen Ebene durch die direkte Einflussnahme der Kirchenkanzlei der EKD sowie in Form einer indirekten, publizistischen und diskursiven Auseinandersetzung durch einzelne protestantische Akteure – allen voran Eberhard Müller und Friedrich Karrenberg. Andererseits geht es um die schrittweise Entstehung der von der EKD vor dem Hintergrund der ersten schwarz-roten Koalition auf Bundesebene unter Kurt Georg Kiesinger 1968 herausgegebenen Mitbestimmungsstudie¹³ – ein Prozess, der sich über Jahre hinzog

10 *Mückenberger*, Ulrich: Die Krise des Normalarbeitsverhältnisses. In: Zeitschrift für Sozialreform 31 (1985), 415–435 und 457–475.

11 Vgl. dazu u. a. *Lauterbach*, Nora: Tertiärisierung und Informatisierung in Europa. Eine empirische Analyse des Strukturwandels in Deutschland, Frankreich, Italien und Großbritannien. Frankfurt a. M. 2004.

12 Für die Zeit nach dem „Boom“ vgl. u. a. *Mattes*, Monika: Krisenverliererinnen? Frauen, Arbeit und das Ende des Booms. In: Andersen / Bitzegeio / Mittag, Strukturbruch (wie Anm. 2), 127–140.

13 Vgl. Sozialethische Erwägungen zur Mitbestimmung in der Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland. Eine Studie der Kammer für soziale Ordnung.

und der sowohl die teilweise widersprüchlichen Ansichten innerhalb des Protestantismus als auch die mit dieser Stellungnahme verbundenen Befürchtungen seitens der EKD deutlich macht. Eine zusätzliche Relevanz erhält diese zweite zeitliche Akzentuierung durch die Novellierungen der beiden arbeitsrechtlichen Gesetze (BetrVG und PersVG) zu Beginn der 1970er Jahre.

Die Untersuchung des protestantischen Einflusses auf die Debatte um die Arbeitslosigkeit konzentriert sich vorrangig auf die Zeit „nach dem Boom“¹⁴ und unternimmt den Versuch, die protestantisch akzentuierten Reaktionen auf die mit dem Ende der Vollbeschäftigung verbundenen oder befürchteten Auswirkungen auf die Gesellschaft einzuordnen. Auch hierbei stehen die Aspekte der direkten und indirekten Einflussnahme auf politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Weichenstellungen im Vordergrund. Wesentlicher Kulminationspunkt in dieser Debatte ist dabei die bereits erwähnte, 1982 vom Rat der EKD herausgegebene Denkschrift „Solidargemeinschaft von Arbeitenden und Arbeitslosen“, die nicht nur die gesellschaftliche und kirchliche Verantwortung und die damit verbundenen Herausforderungen benennt, sondern zudem explizite Lösungsansätze vorschlägt, die auch auf Aufgabe und Möglichkeiten der Kirche selbst eingehen.

Ausgehend von den beiden gewählten Debatten erscheint es möglich, einen umfassenderen Überblick über die Rolle der Institution der evangelischen Kirche im Kontext des Wandels der Arbeitsgesellschaft zwischen 1949 und 1989 zu gewinnen, der sich auch auf andere Debatten in diesem Zusammenhang übertragen lässt.

Herausgegeben vom Rat der EKD. Mit Erläuterungen von Eberhard Müller. Hamburg 1968.

14 *Doering-Manteuffel, Anselm / Raphael, Lutz*: Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970. Göttingen 2012.